

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zur Vereinbarten Debatte zur Asylpolitik und Ausländersituation

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag nimmt die Zielvorstellungen zur Kenntnis, die in den Gesprächen zwischen den Fraktionen des Deutschen Bundestages und ihren Parteiführungen am 10. Oktober 1991 entwickelt wurden. Er wird im Rahmen seiner Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung beitragen.

Er erwartet aber insbesondere von Bundesregierung und Landesregierungen, daß alles getan wird, damit die in den Zielvorstellungen für Bund und Länder vorgesehenen Verpflichtungen möglichst rasch realisiert werden.

Eine Übernahme von Zuständigkeiten der Ausländerverwaltung der Länder auf den Bund ist nur möglich, wenn die Länder die Unterbringung aller Asylbewerber für die Dauer der beschleunigten Verfahren in Sammelunterkünften sicherstellen und die vorgesehenen zusätzlichen 500 als Entscheider qualifizierten Mitarbeiter dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zur Verfügung stellen.

Der Deutsche Bundestag erwartet ferner, daß die Länder die in den Zielvorstellungen vorgesehene zeitliche Begrenzung der Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO ebenso sicherstellen wie den alsbaldigen Vollzug der ggf. vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge auszusprechenden Ausweisungsverfügungen.

Unter der Voraussetzung, daß die Länder diese in den Zielvorstellungen vorgesehenen Punkte verwirklichen, erwartet der Deutsche Bundestag von der Bundesregierung, daß sie nach den in den Zielvorstellungen vorgesehenen gesetzlichen Änderungen bei den beschleunigten Asylverfahren die Entscheidung durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge einschließlich der Ausweisungsverfügung und Abschiebungsandrohung innerhalb von zwei Wochen sicherstellt.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu der Überzeugung, daß bis Ende 1992 eine europäische Regelung des Asylrechts in formeller und materieller Hinsicht unter Berücksichtigung der Genfer Flüchtlingskonvention anzustreben ist, an der die Bundesrepublik Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten teilnimmt.

Bonn, den 18. Oktober 1991

Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion